

**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 14.09.2010

Auszug**aus dem Entwurf der Niederschrift der 09. Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses vom 09.09.2010****öffentlich****5.2 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am
Verteilerkreis Köln
0125/2010**

SE Götz präferiert seitens der CDU-Fraktion eine weitere Untersuchung der Flächen A und B. Die Fläche C sei mitten im Verteilerkreis auf welchem sich derzeit ein Regionalesprojekt befinde und die Fläche D liege im Grüngürtel. Insofern halte er die Flächen C und D für den Bau einer Park & Ride Anlage für gänzlich ungeeignet.

RM Tull schließt sich im Wesentlichen der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Rodenkirchen an, alle Flächen außer C weiter zu untersuchen. Darüber hinaus werde die Verwaltung gebeten, die Vertragsverhältnisse mit den Tankstellen- und sonstigen Pächtern in Bezug auf die Laufzeit darzulegen und sie möge untersuchen, wie sich die jeweiligen Varianten auf eine mögliche Verlängerung der Stadtbahnstrecke (Baustufe 4) auswirken würden. Zudem solle bei Variante A geprüft werden, unter welchen Bedingungen eine Verlegung der (vorläufigen) Endhaltestelle auf die Tankstellenfläche möglich wäre. Bei Variante B möge die Verwaltung Möglichkeiten aufzeigen, wie sich die vorgesehenen Stellplätze auch ohne größeren Eingriff in den Grünbestand realisieren lassen.

SE Dr. Soénius fragt an, ob die Verwaltung mit den betroffenen Pächtern bereits Gespräche geführt habe. Möglicherweise hätten bereits betriebswirtschaftliche Überlegungen zur Aufgabe einer der beiden Tankstellen, idealerweise der auf Fläche B, stattgefunden. Die Tankstelle auf Fläche A jedoch sichere seines Erachtens eine wichtige Grundversorgung des motorisierten Verkehrs, und dies bereits seit 1932.

RM Zimmermann favorisiert ebenfalls die weitere Untersuchung der Flächen A und B. Den Verwaltungsvorschlag, welcher als Standort die Fläche D vorsehe, beurteile er wegen der Wohnbebauung und des dort errichteten Tennisplatzes als ungeeignet.

Ferner halte er die Begründung der Verwaltung, Fläche B sei aus ökologischen Gründen weniger geeignet, für vage und nicht überzeugend und bittet um diesbezügliche Überprüfung. Die Fläche C sehe er aus stadtentwicklungspolitischen Gründen am kritischsten. Insofern schließe sich die SPD-Fraktion auch der Beschlussfassung der Bezirksvertretung an, alle Varianten weiter zu untersuchen und mit den Anregungen aus der heutigen Debatte darzustellen.

RM Sterck begrüßt den geäußerten Verfahrensvorschlag seiner Vorredner, auch wenn er inhaltlich zum Teil eine andere Meinung vertrete. Seines Erachtens mache die Verlegung der Endhaltestelle auf die Fläche A wenig Sinn, weil hierdurch kein Verkehr eingespart werde und die Anwohner nördlich des Militärrings einen längeren Weg zur Haltestelle hätten. Auch die Fläche B sei aus seiner Sicht nicht ideal, da diese von allen Varianten den weitesten Weg für die Pendler zwischen Haltestelle und Park & Ride Platz hervorrufe. Daher sollte auch die Fläche D in der weiteren Prüfung verbleiben. Insofern sei er damit einverstanden die Verwaltung zu beauftragen, die Flächen A, B und D weiter zu untersuchen.

Beigeordneter Streitberger erläutert, bisher seien keine Gespräche mit den in Rede stehenden Pächtern geführt worden. Dies halte er auch zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht. Pachtverträge seien endlich und könnten im Zuge der weiteren Planung angepasst, bzw. gekündigt werden. Er rate dem Stadtentwicklungsausschuss, mehrere Varianten in der Prüfung zu belassen, um die bestmögliche Lösung zu erzielen und nach Ablauf der dritten Baustufe realisieren zu können.

Vorsitzender Klipper stellt allgemeine Zustimmung fest, der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu folgen mit der Ergänzung bezüglich der Prüfung der Pachtverträge und den anderen Fragestellungen und lässt darüber abstimmen:

Geänderter Beschluss:

(analog der Beschlussfassung in der Bezirksvertretung Rodenkirchen)

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Verkehrsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Verkehrsausschuss nimmt die Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auch die Standorte A, B und D auf

1. die Möglichkeit einer zusätzlichen direkten Anbindung an die BAB 555 hin zu untersuchen und zu bewerten,
2. die Auswirkungen der 3. und 4. Baustufe der Stadtbahn auf die einzelnen Standorte aufzuzeigen.

Ferner wird die Verwaltung gebeten, die Vertragsverhältnisse mit den Pächtern der Tankstellen der Flächen A und B darzulegen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, unter welchen Bedingungen bei Variante A eine Verlegung der (vorläufigen) Endhaltestelle auf das Tankstellenareal möglich wäre.

Bei Variante B möge die Verwaltung Möglichkeiten aufzeigen, wie sich die vorgesehenen Stellplätze auch ohne größeren Eingriff in den Grünbestand realisieren lassen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.